

Besonderheiten verliert. Sie ist ebensowohl Tochter der Vergangenheit, als Mutter der Zukunft. Sie hat das Eigentümliche, Charakteristische, das sie dem Menschen des Tages zugänglich macht, und besitzt trotzdem die Strenge, die Absolutheit der großen Form, die sie mit der Sphäre des Ewigen, Unbedingten verbindet. Sie zu unterstützen, ihr den Weg ins Volk zu bahnen, all den doppelt verzuckerten Süßigkeiten gegenüber, die den Markt überschwemmen, das ist eine Aufgabe, die heute mehr denn je zuvor sich dem denkenden Katholiken aufdrängt.

Aber man braucht dabei nicht stehen zu bleiben. Der aktive Kampf gegen den religiösen Kitsch sollte unterstützt werden durch eine systematische Verbreitung des wertvollen religiösen Kunstgutes der Vergangenheit. Wie viele von denen, die jene bunten Bildchen und Zuckerpüppchen im Devotionalienladen kaufen, wissen etwas davon, daß täuschende Reproduktionen der Dürerschen Passion, des Marienlebens, der Apokalypse für wenige Pfennige zu haben sind, daß deutsche Verlage die herrlichsten Gemälde von Raffael, Bellini, Grünewald, Altdorfer, von Memling und Van Eyck, ja von jedem der großen alten Kirchenmaler in Mehrfarbendruck hergestellt haben, daß die schönsten Stücke deutscher Kirchenplastik von den Gipsformereien unserer Museen vervielfältigt und zum Verkauf gestellt sind. Da gibt es für jede Kasse, für jede Verwendung, für jeden Geschmack. Man veranstalte doch einmal eine solche Ausstellung von Reproduktionen und sende sie durchs katholische Land, auch in die Städtchen und Dörfer. Jeweils der Pfarrer soll sich ihrer annehmen, kleine Vorträge vor den Bildern für seine Gemeinde halten oder halten lassen; der Lehrer wird ihm dabei helfen. Es wird verkauft, nachbestellt, erworben. So wird vieles gleichzeitig erreicht: gute religiöse Kunst wird gefördert, die ernsthaften Verleger werden angespornt, Anregung wird dem Gemeindeleben zugeführt, und der Kitsch wird verdrängt. Mit Freuden werden sich die einschlägigen Verlage in den Dienst der Sache stellen. Man soll nur einmal anfangen.

## Kulturbericht

Von Jakob Overmans S. J.

### I.

**M**an darf nicht meinen, der Islam als Religion habe seine Werbekraft verloren. Der bengalische Missionar Victor Courtois S. J. berichtete im „Bulletin des Missions“ der belgischen Benediktinerabtei Saint-André (Juni 1934, S. 54 ff.), daß die 77 Millionen Mohammedaner Indiens einflußreiche Organisationen zur Verbreitung ihres Glaubens unterhalten. „Wirkliche Missionare durchheilen das Land oder gehen in die Fremde, um den Islam zu predigen. Der Ahmadiya von Lahore hat Werbestellen in Woking (England), Berlin, Wien gegründet und eine neue Stiftung für eine Mission in Spanien gemacht. Amerika, Australien und Afrika haben ebenfalls ihre Missionare. In verschiedenen Sprachen sind Riesenaufgaben von Werbeschriften erschienen, die unentgeltlich verbreitet werden. Neue Anhänger werden selbst in hohen Gesellschaftskreisen gewonnen.“ — Um-



gekehrt stellt man sich in Mitteleuropa die Pilgerfahrten nach Mekka meist großartiger vor, als sie heute sind. In der Neuyorker Vierteljahrschrift „The Moslem World“ (Juli 1934, S. 229 ff.) schilderte H. U. W. Stanton die letzten fünf Jahre mit Benutzung einer von der arabischen Gesandtschaft in London zur Verfügung gestellten Statistik. Rund zwei Drittel der Pilger kommen auf dem Seeweg, die übrigen mit allerlei Verkehrsmitteln auf dem Landwege an. Die Seereisenden werden vom Hafen Dschidda mit Autos oder Kamelen zu amtlichen Preisen nach Mekka befördert. Auch die Preise der Gasthäuser sind amtlich festgesetzt, und die Reinlichkeit steht unter Staatsaufsicht. In Mekka haben die Pilger Anrecht auf kostenlose ärztliche Behandlung. Trotz dieser Erleichterungen fiel die Zahl der Seereisenden — für die Landreisenden liegt keine Statistik vor — von 97 635 im Jahre 1928 auf 19 259 im Jahre 1933. Im Jahre 1928 waren unter den Seereisenden 4 942 Kinder, im Jahre 1933 nur 663. Am stärksten sanken die Zahlen der Pilger aus Java, Persien und der Türkei. Der Hauptgrund für diesen Rückgang in einer Pflichterfüllung, die der Koran von jedem Mohammedaner an und für sich wenigstens einmal im Leben erwartet, wird in der wirtschaftlichen Krise erblickt; doch ist wohl auch die gänzliche Lösung des türkischen Staatswesens von der Religion nicht ohne Einfluß.

Während also hier politischer und religiöser Druck das Glaubensleben lähmt, scheint er im Judentum zu einer religiösen Erstarkung zu führen. In der jüdischen „Centralverein-Zeitung“ (26. Juli 1934) schrieb ein „neuer Jude“, daß „von den über fünfhunderttausend deutschen Juden wahrscheinlich die Hälfte ein Leben führte, das zum Jüdischen nur sehr geringe äußere und noch geringere innerliche Beziehungen hatte, und daß von diesen neugewonnenen Hunderttausenden viele sich nicht nur als Lernende, sondern mit dem Wunsch aktivster Mitarbeit heute dem Judentum zuwenden“. Dabei handle es sich nicht in erster Linie um einen betont volklichen Vorgang; denn bei den meisten sei „das Fehlen des Religiösen“ das entscheidende Merkmal ihrer Absonderung vom Jüdischen gewesen. — Ohne Zweifel ist eine Vertiefung in den sittlichen Ernst der alttestamentlichen Religion geeignet, die Reibungsflächen zwischen Juden und Christen in Deutschland zu verringern, zumal wenn gleichzeitig die Christen aus dem Geiste ihrer neutestamentlichen Religion nach einheitlicher Haltung gegenüber ihren jüdischen Mitbürgern streben. Die vorhin genannte Nummer der Hauptzeitung des deutschen Judentums beweist, daß diese christliche Einheit noch in sehr weiter Ferne liegt. Neben der uneingeschränkten Erklärung des rassepolitischen Amtsleiters Dr. Groß, daß der Nationalsozialismus „nicht von der Minderwertigkeit irgend welcher fremder Menschengruppen, sondern lediglich von ihrer Andersartigkeit“ spreche, und neben dem Urteil des Bezirksverwaltungsgerichtes in Münster vom 15. Juni 1934, daß die nach der Gewerbeordnung erforderliche Zuverlässigkeit einem Gewerbetreibenden nicht deshalb aberkannt werden dürfe, weil er Nichtarier sei, werden aus der Rede des Gauleiters Grohé auf der Kölner Kulturwoche der Hitlerjugend die Worte abgedruckt, das deutsche Volk müsse die jüdische Rasse „als minderwertig ansehen. Der Jude sei



der Feind jeder anständigen Gemeinschaft in der ganzen Welt... Jeder deutsche Junge und jedes deutsche Mädchen müsse sich schämen, einen Juden auch nur freundlich anzusehen.... Unsere Anständigkeit und unsere Menschlichkeit gebieten uns, den Juden als einen Feind zu behandeln.“ Diese Verallgemeinerung schreibt Grohé sogar Christus zu, der behauptet habe, „der Satan sei der Vater des jüdischen Volkes“. Auch Julius Streicher schrieb in seinem „Stürmer“ (Juli 1934, Nr. 29): „Man sollte erwarten dürfen, daß insbesondere von der sich für unfehlbar erklärten Kirche dafür gesorgt würde, daß der Fluch, den Christus über die Juden aussprach, der Christenheit immer gegenwärtig wäre, damit sie davor bewahrt würde, selbst dem im Juden verkörperten Teufel zu verfallen.“ Aber Priester brächten es „sogar fertig zu behaupten, daß Jesus Christus am Kreuze gelitten habe, um auch das gefallene Gottesvolk der Juden von seinem Übel zu erlösen“. Die Juden hätten das „widernatürliche Glück“, von denen geschützt zu sein, die sie nach dem Beispiel Christi „hassen und verdammen müßten“. Es ist also Grohé und Streicher entgangen, daß der Evangelist an der Stelle (Joh. 8, 44), wo Christus „den Juden“, sagt, der Teufel sei ihr Vater, unter „den Juden“, wie auch sonst oft, nicht das jüdische Volk, sondern die verstockten Gegner Christi versteht. Und derselbe Johannes schreibt in seinem ersten Briefe (2, 2), Christus sei „die Versöhnung für unsere Sünden, doch nicht bloß für die unsrigen, sondern auch für die der ganzen Welt“, Worte, auf die sich das Konzil von Trient in seinem Dekret über die Rechtfertigung ausdrücklich bezieht (Denzinger 794). Wie könnte auch Christus die Juden samt und sonders verflucht haben, wo er doch aus ihnen seine Apostel wählte, die dann im Geiste ihres Meisters zahlreiche vorwiegend judenchristliche Gemeinden gründeten! Es gab also damals wie heute „anständige“ Juden, und auch für die andern gilt unbeschadet maßvoller Abwehr schädlichen Einflusses das jedem echten Christen heilige Gebot des Herrn (Luk. 6, 27): „Liebet eure Feinde, tut Gutes denen, die euch hassen!“

Das grundsätzliche Verhältnis zwischen Christentum und Nationalsozialismus kann durch diese notwendige Forderung nicht getrübt werden. Der Führer und Reichskanzler hat ja bei der Saarkundgebung in Ehrenbreitstein von neuem erklärt: „Der Nationalsozialismus ist weder antikirchlich noch antireligiös, sondern im Gegenteil, er steht auf dem Boden eines wirklichen Christentums“ („Frankfurter Zeitung“ 28. August 1934, Reichsausgabe). Und ebenso sagte auf der Führertagung des Gaues Köln-Aachen Gauleiter Grohé, „Grundsatz sei, daß in der nationalsozialistischen Bewegung und im Staat der glaubenstreue Katholik genau so wie der glaubenstreue Protestant und jeder Andersgläubige eine wirkliche Gemeinschaft und Heimat fände. Er werde jeden aus der Partei entfernen, der aus irgend einem Grunde dieses Prinzip verletze“ („Berliner Tageblatt“, Nr. 409, 30. August 1934). Daher haben christliche Parteimitglieder und überhaupt alle christlichen Staatsangehörigen nicht nur von ihrem Gewissen aus die Pflicht, sondern auch von der Partei aus das Recht, alles abzulehnen, was auf politischem oder nicht-



politischem Gebiete nach den Lehren ihrer Kirche nicht erlaubt ist; und selbstverständlich könnten sie in Staat und Bewegung keine „wirkliche Gemeinschaft und Heimat“ finden, wenn sie befürchten müßten, daß ihnen aus dieser Ablehnung irgend welche Nachteile erwüchsen.

Freilich läßt sich auf katholischer Seite leichter feststellen, was Kirchenlehre ist, als auf protestantischer, wo die Frage, ob die vom Staat verlangte Einheit der Deutschen Evangelischen Kirche mit dem lutherischen Bekenntnis in Widerspruch steht oder nicht, zu unabsehbaren Verwicklungen geführt hat. Der Tübinger Theologieprofessor Gerhard Kittel schrieb darüber im Gefühle „eines bewußt evangelischen und bewußt nationalsozialistischen Deutschen“ in der „Allgemeinen Evangelisch-lutherischen Kirchenzeitung“ (31. August 1934, Sp. 822): „Niemand kann im Ernst daran zweifeln, und alle Verschleierungen und Verharmlosungen ändern daran nichts, daß die Evangelische Kirche Deutschlands im Begriff ist, in zwei oder mehr sich gegenseitig als häretisch auf Tod und Leben bekämpfende Kirchen auseinanderzubrechen, und daß diese Entwicklung durch die Ereignisse des letzten halben Jahres nicht gehemmt, vielmehr in eminentem Maße gefördert worden ist.“ Es bestehe große Gefahr, „daß an der Stelle des deutschen Protestantismus schließlich nur noch ein Trümmerfeld übrig bleiben wird. Weiter steht fest, daß staatliche Eingriffe an dieser Entwicklung höchstens die Formen, nicht aber die Sache ändern können; oder genauer: die Sache höchstens insofern, als Martyrien den Zwiespalt endgültig irreparabel machen würden. Man glaube doch nicht, daß im deutschen Volke die Erbmasse jener Vorväter abgestorben sei, welche das ‚nehmen sie den Leib, Gut, Ehr, Kind und Weib‘ nicht nur zu singen, sondern auch zu leben und zu sterben wußten!“ — Ebenso hat der Ökumenische Rat, in dem bekanntlich die nichtkatholischen christlichen Kirchen der Welt vertreten sind, am Schlusse seiner Tagung im dänischen Seebad Fanö mit alleiniger Ausnahme der Beauftragten des deutschen Reichsbischofs eine Entschließung angenommen, in der die „Sorge um die Freiheit des Lebens und der Lehre in der Deutschen Evangelischen Kirche“ ausgesprochen wird („Frankfurter Zeitung“, 1. September 1934, Reichsausgabe).

Aber auch dem Katholiken, mag die volle Verständigung zwischen seiner Kirche und dem Staate sich bald verwirklichen oder nicht, bleibt trotz der dogmatischen Bestimmtheit seines Glaubens der Entschluß zu opferbarem Ringen um die lebenskräftige Gestaltung seiner religiösen Überzeugung nicht erspart. Zu viele andersgerichtete Gedanken und Bestrebungen umbrausen ihn heute, als daß er es unterlassen dürfte, seinen Glauben immer wieder neu durch die Tat zu befestigen. In der Schriftenreihe „Die religiöse Entscheidung“ (Warendorf, Schnell) zeigt der Franziskaner Cornelius Schröder („Der Glaube Stefan Georges in katholischer Schau“), daß dieser verhängnisvoll einflußreiche Dichter katholischer Herkunft dem „weitverbreiteten Irrtum“ verfallen ist, „der die in jedem katholischen Glaubenssatze liegende Dynamik und revolutionäre Kraft vollständig übersieht. Wer die Lehre Christi tief genug erfaßt, spürt jeden Tag neu die Beunruhigung, die von ihr ausgeht,



das unerbittliche Drängen zur Gestaltwerdung, zur Verkörperung im Leben“ (S. 68). Vergebens hat George versucht, den preisgegebenen katholischen Glauben durch „den Widersinn des Geist-Blut-Mythos“ (S. 66) auf der fragwürdigen Grundlage seines Maximin-Erlebnisses (S. 53 ff.) zu ersetzen. Aber sehr ernst sagt P. Cornelius (S. 69), daß „wir Katholiken“ vielleicht selber an diesem religiösen Schiffbruch Georges mitschuldig sind: „Vielleicht hat er nur den erstarrten, veräußerlichten, mürben und müden Katholizismus kennen gelernt, der das Gesicht von Millionen zu einer gleichgültigen, nichts sagenden und nichts bekennenden Maske geprägt hat.“

Viele, die in Stefan George einen geistigen Wegbahner des neuen Deutschlands erblicken, wollen in ähnlichem Sinne Meister Eckhard zum frühen Bahnbrecher deutschen Gottsuchens machen, wie ja auch schon Hegel ihn als Vorläufer seiner Philosophie feierte. Aber der Sinn seiner dunkeln, teilweise von der Kirche verurteilten Lehre hat sich bisher nicht eindeutig ermitteln lassen, weil seine deutschen Schriften mangelhaft, die lateinischen großenteils überhaupt nicht vorlagen, obgleich gerade sie für die Erfassung der Gedanken des Meisters, wie zuerst die von Denifle veröffentlichten Stücke offenbarten, am wichtigsten sind. Daher ist zu erwarten, daß die von zwei bewährten Kennern, dem Dominikaner Théry, Leiter des Historischen Instituts seines Ordens in Rom, und dem Londoner Universitätsprofessor Klibansky herausgegebene Gesamtausgabe („*Magistri Eckardi Opera latina, auspiciis Instituti Sanctae Sabinae in Urbe ad codicum fidem edita*“, Leipzig, Meiner) auch über fachwissenschaftliche Kreise hinaus klärend und befruchtend wirken wird. Wie die erste Lieferung erkennen läßt, ist auf Varianten und Quellenangaben jeder Art große Sorgfalt verwandt worden. Im Jahre 1937 soll das Werk mit der 15. Lieferung abgeschlossen werden.

## II.

Über wirksame Verhinderung von Kriegen durch eine internationale Luftflotte schrieb Pierre Cot, der in vier französischen Regierungen Luftminister war, im Londoner „Spectator“ (27. Juli 1934, S. 124): „Die heutige Luftfahrt gibt dem Völkerbunde die technische Möglichkeit, mit geringen Kosten die internationale Ordnung aufrecht zu erhalten. Die einzige Frage ist, ob die Staaten diese Ordnung wollen und ernsthaft bereit sind, auf das Recht zum Kriege zu verzichten. Haben sie diesen Willen nicht, so werden wir weiter nach den besten Mitteln suchen, uns gegenseitig umzubringen. Wir werden fieberhaft zum Kriege rüsten; wir wissen bereits, daß der nächste Krieg ein Luftkrieg und ein Krieg von unvorstellbarer Verwüstung sein wird. Später werden dann vielleicht andere Menschen auf den Trümmern der von uns zerstörten Welt aus unserer verbrecherischen Naturwidrigkeit eine nützliche Lehre ziehen.“ Wie drei Wochen später dieselbe Wochenschrift mitteilte (17. August 1934, S. 210), sagte der führende englische Flugzeugbauer Fokker, es gebe keinen wirksamen Schutz gegen Luftangriffe, und der



Angreifer werde nicht auf eine förmliche Kriegserklärung warten, sondern „losschlagen, sobald der Krieg beschlossen ist“. Der Gebrauch von Bombenflugzeugen lasse sich nicht verhindern, wenn man nicht auch die Handelsluftfahrt international beaufsichtige. Bekanntlich haben Sommermanöver über London und Paris die unwiderstehliche Zerstörungskraft der Bombenflieger bestätigt. — Aber auf dem internationalen Volkongreß zur Untersuchung der europäischen Fragen schloß der französische Botschafter De Fontenay, Präsident der Internationalen Diplomatischen Akademie, seine Rede mit dem berühmten Worte Montesquieus: „Wenn ich etwas wüßte, was meinem Vaterlande nützlich, aber Europa und der Menschheit schädlich wäre, so würde ich es für ein Verbrechen halten, das zu tun“ („Atti del Convegno Volta 1932“, Rom 1933, I 129). Genau so hatte fast 200 Jahre vor Montesquieu der Begründer der Völkerrechtswissenschaft, der große Dominikaner Francisco de Vitoria, gelehrt: „Wenn ein Krieg von Vorteil für eine Provinz oder für den Staat ist, aber von Nachteil für die Menschheit oder die christliche Völkergemeinschaft, so halte ich ihn schon deshalb für ungerecht“ („Relectio de potestate civili n. 13).

Bei der heutigen weltumspannenden Wirtschaftsverflechtung darf man diesen Gesichtspunkt erst recht nicht außer acht lassen, und insofern sind blutige Unruhen wie die in Ostasien oder in Österreich keineswegs von einem vorwiegend nationalen Standpunkt aus zu beurteilen, wenn man im Geiste christlicher Staatslehre denkt. In der Tat dienten die vom deutschen Reichskanzler sofort nach dem Scheitern des Wiener Juliputsches verkündeten Grenzsperrungen und Abberufungen hoher Beamter dem gesamteuropäischen Frieden. Daß Hitler damit zugleich seinem eigenen Lande nützte, gilt ebenso für die versöhnliche Erklärung des österreichischen Bundeskanzlers Schuschnigg, er werde in Genf nur dann Beschwerde führen, wenn man ihn dazu zwingt; „das gesammelte Material über die Gewalttaten in Österreich sei so umfangreich, daß es jederzeit die Möglichkeit gebe, damit vor die Öffentlichkeit zu treten“ („Frankfurter Zeitung“, 5. September 1934, Reichsausgabe).

Eine abschließende Antwort auf die Schuldfrage ist bei diesen österreichischen Vorgängen dem Nichteingeweihten ebenso unmöglich wie bei den blutigen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Röh-Revolution. Hitler selbst hat ja im Reichstag gesagt: teils aus „Rücksicht auf Interessen des Reiches“, teils aus dem „Gefühl der Schande“ gebe er keine volle Aufklärung („Germania“, Nr. 152, 14. Juli 1934). Aber er versicherte zugleich, trotz seines anfänglichen Willens, sich mit Verhaftungen zu begnügen, habe er aus immer bedrohlicheren Nachrichten zuletzt die Überzeugung gewonnen, „nur ein rücksichtsloses und blutiges Zugreifen“ sei „vielleicht noch in der Lage, die Ausbreitung der Revolution zu ersticken“. Und am 3. Juli 1934 bestimmte ein vom Reichsministerium genehmigtes Gesetz: „Die zur Niederwerfung hoch- und landesverräterischer Angriffe am 30. Juni und am 1. und 2. Juli 1934 vollzogenen Maßnahmen sind als Staatsnotwehr rechtens“ („Völkischer Beobachter“, Nr. 185, 4. Juli 1934). Es liegt im Wesen einer Führergewalt, wie Hitler sie besitzt, daß sie die



in schwierigen Zeiten notwendige Entschlossenheit staatlichen Handelns erhöht, während eine verfassungsmäßig geordnete Demokratie die Tatkraft der Staatsleitung oft vermindert, aber die Kontrollmöglichkeiten vermehrt.

Immerhin, soviel Wert ein Volk von hoher Kultur nach den Nürnberger Darlegungen des Propagandaministers Dr. Goebbels darauf legen muß, die Maßnahmen seiner Regierung zu verstehen — noch wichtiger ist, daß es auch in den dunkelsten Stunden das klare Bewußtsein der sittlichen Grundforderungen des Staatslebens nicht verliert. Gerechtigkeit wird immer das notwendige Fundament jeder staatlichen Ordnung bleiben, und mit christlicher Rechtsauffassung lassen sich die Sätze nicht vereinigen, die von der „Germania“ (Nr. 184, 6. Juli 1934) aus dem „N.S.K.-Sonderdienst Das Deutsche Recht“ herausgehoben werden: „Was dem Volke nützt, ist Recht, was dem Volke schadet, Unrecht... Denn wir sind zuerst für das Volk und die Gemeinschaft verpflichtet.“ Schon vor Jahren ist in den „Stimmen der Zeit“ (116 [1928/29] 368 ff.) dargelegt worden, weshalb nach der christlichen Sittenlehre der Einzelmensch Rechte hat, vor denen Volk und Staat zurücktreten müssen, auch unter der Voraussetzung des staatlichen Notstandes. Selbstverständlich ist jedoch vom allgemeinen Begriff des Notstandes der Begriff der Notwehr zu unterscheiden. Notwehr ist nur im Falle eines unvermeidlich bevorstehenden ungerechten Angriffs gegeben, und dann darf der Angegriffene, erst recht also die angegriffene Staatsregierung, die Gewaltmaßnahmen treffen, die zur Verteidigung erforderlich sind; aber nicht mehr! Nicht zur Notwehr gehört die Bestrafung des ungerechten Angriffes. Sie ist, die Todesstrafe nicht ausgenommen, allerdings Sache der staatlichen Obrigkeit, doch darf niemand mit dem Tod bestraft werden, von dem nicht mit ausreichender Gewißheit feststeht, daß er ein todeswürdiges Verbrechen begangen hat. Das gilt auch für die bei den heidnischen Römern häufige, im christlichen Mittelalter seltene und seit der Mitte des 17. Jahrhunderts kaum noch angewandte Dezimation meuternder oder sonstwie schwer schuldiger Truppenteile (vgl. Pauly-Wissowa, Realenzyklopädie der klassischen Altertumswissenschaften IV 2271). Sittlich unerlaubt wäre es, ein Zehntel zur Hinrichtung aus einer Schar auszuwählen, in der sich nicht jeder einzelne todeswürdig vergangen hatte. —

Übrigens ist zu hoffen, daß die blutigen Ereignisse wenigstens insofern eine Steigerung des sittlichen Ernstes zur Folge haben werden, als Hitler sofort dem neuen Stabschef die Sorge dafür auftrug, „daß jede Mutter ihren Sohn in S.A., Partei und Hitlerjugend geben kann, ohne Furcht, er könnte dort sittlich oder moralisch verdorben werden“; jeder Führer soll „ein Vorbild in der Einfachheit und nicht im Aufwand“ sein, „für alle Partei-Instanzen“ ist „die Veranstaltung sogenannter Festessen und Dinners aus irgend welchen „öffentlichen Mitteln“ verboten, ebenso die Anschaffung kostbarer Autos aus Dienstgeldern, und S.A.-Führer, die sich „vor den Augen der Öffentlichkeit unwürdig benehmen, randalieren oder gar Exzesse veranstalten, sind ohne Rücksicht sofort aus der S.A. zu entfernen“ („Völkischer Beobachter“, 1. Juli 1934, Sondernummer).



Freilich wird nun, wo nach dem Tode Hindenburgs der Führer und Reichskanzler die gesamte staatliche Macht mit Einschluß des Oberbefehls über die Reichswehr in sich vereinigt, wohl eine seiner schwierigsten Aufgaben die sein, für die er in seiner Hamburger Rede „viele Jahrzehnte“ forderte: der Vollendung des von ihm begonnenen Werkes „auch nur annähernd die entsprechenden persönlichen Werte der Führung zur Verfügung zu stellen“ („Völkischer Beobachter“ Nr. 230, 18. August 1934). Er hat sich die Vollgewalt durch ein Gesetz der Reichsregierung geben lassen, dessen Gültigkeit Reichsinnenminister Frick aus der Ermächtigung des am 12. November 1933 bereits nicht mehr auf Grund freier Parteibildung gewählten Reichstages ableitete; aber „fest durchdrungen von der Überzeugung, daß jede Staatsgewalt vom Volke ausgehen und von ihm in freier und geheimer Wahl bestätigt sein muß“, wie Hitler an den Reichsinnenminister schrieb, machte er den Inhalt des Gesetzes zum Gegenstand einer Volksabstimmung („Germania“ Nr. 212, 3. August 1934). Auch diesmal war keine öffentliche Werbung für die Ablehnung möglich; Propagandaminister Goebbels wies im Stadion zu Neukölln auf die Wahlangst der „vielgepriesenen Demokratien des Westens“ hin und sagte: „Wir haben keine Wahlen zu fürchten“ („Völkischer Beobachter“ Nr. 227, 13. August 1934). Die Wahlbeteiligung erreichte nach amtlicher Angabe mit fast 96% beinahe die Höhe vom November 1933; davon antworteten rund 90% mit Ja. Die amtliche Zahl der Nichtwähler, der Neinstimmen und der ungültigen Stimmen belief sich auf ungefähr sieben Millionen. Über das Ja der 38 Millionen schrieb die „Frankfurter Zeitung“ (2. September 1934): „Es war für viele ein Ja sehr weitgehender Nuancen, begleitet von heißen Wünschen und vielfach nicht ohne Vorbehalte.“ Hitler erklärte aber sogleich nach der Abstimmung seine Entschlossenheit, „auch den letzten Rest unseres Volkes für die nationalsozialistische Idee und Lehre zu gewinnen“ („Völkischer Beobachter“ Nr. 233, 21. August 1934), und auf die Frage nach der Dauer seines Doppelamtes hatte er schon vorher geantwortet: „Es wird dauern, bis eine nationale Abstimmung der jetzigen Regierung ihre Grundlage entzieht“ („Völkischer Beobachter“ Nr. 219, 7. August 1934).

Diese Abhängigkeit vom freien Volkswillen hat Hitler auf dem Nürnberger Parteitag in seiner Ansprache an die politischen Leiter auch ihnen zur Pflicht gemacht, und damit stimmt überein, daß sein Stellvertreter Heß durch Rundschreiben die Verwendung von Kontrollkarten bei Parteiversammlungen, auch der Arbeitsfront, verboten hat; denn wer nicht freiwillig komme, werde durch Zwang eher der Bewegung entfremdet („Frankfurter Zeitung“, 5. September 1934, Reichsausgabe). Besonders wichtig ist in dieser Hinsicht die Mitteilung des Reichsjugendführers im Rundfunk: „Noch vor wenigen Tagen konnte ich in einer langen Unterredung mit dem Führer und Reichskanzler feststellen, daß das Prinzip der Freiwilligkeit der Zugehörigkeit zur Hitlerjugend niemals preisgegeben werden wird. Wer zur Hitlerjugend kommt, soll aus freiem Antrieb, ohne jeden Zwang, in unsere Gemeinschaft eintreten“ („Völkischer Beobachter“ Nr. 242, 30. August 1934). In



diesen Worten liegt offenbar die Zusage, daß Fernbleiben von der Hitlerjugend oder Austritt aus ihrem Verband kein Grund zu Belästigungen oder Nachteilen für die Jugendlichen oder ihre Eltern sein soll. Und freiheitlich klingt auch, was Hitler, so sehr er eine bloß auf Zersetzung bedachte Kritik verurteilt, in Hamburg sagte: „In diesem Staate soll jeder irgendwie mitkämpfen und mitschaffen.... Wer eine bessere Erkenntnis an Stelle einer schlechteren zu setzen vermag, wer einen Schaden aufzeigt, um den richtigen Weg zu weisen, der hat jede Möglichkeit, sich zu äußern und zu betätigen“ („Völkischer Beobachter“ Nr. 230, 18. August 1934).

### III.

Über die Wirkung des deutschen Umschwungs auf die Familienerziehung schreibt in dem Sammelbände „Familien- und Kleinkinderpädagogik“ des bei Kösel erscheinenden „Handbuches der Erziehungswissenschaft“ der Bonner Pädagoge Professor Raederscheidt (S. 74): „Nicht als ob von heute auf morgen schon die bisher charakteristische Wirtschaftslage der Familie der großen Masse geändert wäre, aber für die Erziehung ist bedeutsam, daß der Wille zu neuer Einstellung gegenüber dem Leben, daß die Betonung der Gleichwertigkeit aller Arbeits- und Volksglieder und die andersartige Schätzung der Bildung als einer auf Charakter basierenden Haltung zu andern Erziehungsmöglichkeiten in der Familie führt. Die Überschätzung der Wirkung und Bedeutung des Milieus, der Gebundenheit an Besitz und Nichtbesitz, der intellektuellen Schulung haben einer Auffassung Platz gemacht, die einerseits von den biologischen Gebundenheiten der Familienglieder ausgehend, sie pflegend und aufbessernd, zu einer Betonung der im Willensleben wirkenden Kräfte kommt, und die andererseits formend auf Anlage und ererbte Eigenschaften aufbauend, ein bestimmtes Familien-, Stammes-, Volks- und Staatsgefühl wecken, so daß sich neue Kräfte in der Familie als helfende und tragende für die Erziehung gestalten.“

Der Charakterbildung hat man übrigens, auf katholischer Seite wenigstens, von jeher höheren Wert beigemessen als der Verstandesbildung. Ein sprechendes Beispiel bietet die Stellung der Lissaboner Monatschrift „Bro-téria“ (Juli 1934, S. 5 ff.) zum Analphabetentum in Portugal, wo unter der Diktatur zwar die Schulen fast um tausend, die Lehrer um beinahe zweitausend und die Schüler um weit mehr als hunderttausend zugenommen haben, wo aber noch rund 60% der Bewohner nicht lesen und schreiben können. Die Zeitschrift ist durchaus der Meinung, dieser Zustand müsse schleunigst beseitigt werden, und sie macht Vorschläge dazu; dennoch bestreitet sie, daß man aus einer hohen Zahl von Analphabeten auf eine niedrige Kultur schließen dürfe. „Jemand kann sehr geweckt für praktische Berufe, verständig und ehrenhaft in seinem Privatleben und deshalb ein sehr brauchbares Mitglied der Gemeinschaft sein, ohne lesen und schreiben zu können. Und es kommt oft vor, daß Leute, die lesen und schreiben können, sittlich durchaus verdorben und zu jeder gemeinnützigen Tätigkeit unfähig sind.... Was bedeuten für den Kulturgrad eines Volkes die Statistiken über die Kenntnisse des Lesens und Schreibens,



wenn sie bei vielen nur so weit reicht, daß sie mühsam eine Zeitung entziffern und ein paar Krähenfüße kritzeln, die sie stolz als ihre Unterschrift bezeichnen? Sehr wenig! Und schlimmer ist es, wenn die Kunst des Lesens nur dazu dient, daß ein Mensch ohne tiefere Bildung sich den Einflüssen beliebiger, auch der gefährlichsten Bücher aussetzt, deren Inhalt er nicht zu beurteilen vermag.“

Durch Bücher hat bekanntlich keines der romanischen Völker stärker auf die Welt eingewirkt als Frankreich. Natürlich leidet auch hier die Bücherausfuhr unter der allgemeinen Wirtschaftskrise und unter der in manchen Ländern rasch fortschreitenden Nationalisierung des Bildungswesens. Trotzdem beweisen die Zahlen, die in der „Nouvelle Revue de Hongrie“ (Juli 1934, S. 155 f.) mitgeteilt werden, daß die Ausbreitung französischer Gedanken zunimmt und auch in nichtromanischen Ländern verhältnismäßig stark geblieben ist. Im Jahre 1932 führte Frankreich 27 500 Meterzentner<sup>1</sup> französisch geschriebener Bücher aus, im folgenden Jahre 30 900 Meterzentner. 80 300 Stück Zeitschriften wurden 1932 ausgeführt, 1933 waren es 85 600 Stück. Es versteht sich von selbst, daß die Länder, in denen ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung Französisch zur Muttersprache hat, besonders hohe Einfuhrzahlen aufweisen: Belgien 13 200 Meterzentner, die Schweiz 5000, Kanada 1300. Aber auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika kauften 1480 Meterzentner und Italien trotz der politischen Spannung 1400. Nach Deutschland gingen 500 Meterzentner, nach ganz Südamerika nur 540, nach England gar nur 400 und nach Spanien 240.

Vielleicht nicht weniger überraschend werden für viele die Darlegungen von H. Robbers S. J. in der flämischen Zeitschrift „Streven“ (August-September 1934, S. 2 ff.) sein, aus denen hervorgeht, daß in Holland der Neuthomismus die einzige Philosophie ist, die „außerhalb enger Fachkreise das Denken und Handeln größerer Gruppen beherrscht“. Gewiß sei auch der neue Spinozismus erstarkt, der Spinoza „nicht mehr als den Empörer gegen Dogma und Kirche, sondern als den Gottsucher und den Führer zu einer höheren und reineren Religion“ betrachte, aber weder dieser offenkundig feindlich gebliebene Rationalismus noch die holländischen Erneuerer Hegels und Kants könnten sich an Einfluß mit den Vertretern des Neuthomismus messen. Kein einziger ordentlicher Professor der Philosophie an den Staatsuniversitäten bekenne sich zu Hegel; allerdings seien der außerordentliche Professor Hessing und der Staatslehrer Telders angesehene Hegelianer. Mehr Anhang hätten die Neukantianer, wenn sie auch untereinander nicht einig seien, während die Phänomenologie und andere deutsche und französische Systeme der neuesten Zeit kaum Widerhall fänden. Aber thomistische Philosophie werde nicht nur an der katholischen Universität zu Nimwegen, sondern auch an den Universitäten zu Utrecht und Amsterdam und an der Technischen Hochschule zu Delft unter lebhafter Teilnahme der Studentenschaft vorgetragen. Namentlich unter den katholischen Studierenden, von denen sich bis vor wenigen Jahren fast

<sup>1</sup> Meterzentner = 100 kg.



nur die Theologen um Philosophie gekümmert hätten, sei nun der Andrang zum Studium der thomistischen Philosophie derart gewachsen, und philosophische Wochen und Zirkel seien so zahlreich emporgeschossen, daß es nicht zwecklos sei, die jungen Leute vor der Einbildung zu warnen, sie könnten nach einer dürftigen Einführung „sofort über die schwierigsten philosophischen Fragen mitsprechen“.

Diese Warnung ist in einer Zeit, in der auf allen Gebieten des Denkens die gründliche Beweisführung zu Gunsten einer angeblichen Schau oder gar eines leidenschaftlichen Wollens vernachlässigt wird, nicht nur bei Holländern am Platze. Mit Recht sagt in der 1. Lieferung des von Heinz Kindermann herausgegebenen „Handbuches der Kulturgeschichte“ (Potsdam 1934, Verlagsgesellschaft Athenaion) der Berliner Professor Gustav Neckel: „Es erscheint als dringend notwendig, daß an die Stelle der in der Welt verbreiteten Schlagworte und der gegensätzlichen Einschätzung, welche die Geister trennt und die Zwietracht der Parteien, Völker und Rassen unnötig steigert, ein Bild des heidnischen Germanentums trete, das einwandfrei auf dem gesamten Sachbefund beruht“ (S. 3). Freilich ist gerade hier der Sachbefund noch längst nicht so umfassend und klar, daß die Deutung nicht doch wieder je nach der Persönlichkeit des Deutenden recht verschieden ausfallen könnte. Wer z. B. bei den frühchristlichen Missionaren die Verachtung der heidnisch-germanischen Kultur aus einer „radikalen und skrupellosen Propaganda“ erklärt, die auch vor „Feuer, Schwert, Gift, Hinterlist und Folterungen von Leib und Seele nicht zurückgeschreckt sei“ (S. 4), der müßte wohl auch gegenüber den kritiklosen und keineswegs immer milden Bewunderern des Germanentums härtere Worte finden als die, „daß laienhafte Mitläufer dem Faß den Boden ausschlugen und der landläufigen Verneinung ein betontes und phantastisch reich modulierte Ja entgegensetzten“ (S. 7). Bemerkenswert ist in der 2. Lieferung das Urteil des Wiener Staatsarchivars Paul Kletler: „Es ist sicher nicht richtig, wenigstens nicht im Sinne jener Zeit gedacht, wenn man immer nur von der unüberbrückten Kluft zwischen dem nationalen Empfinden und der christlichen Lehre spricht, und von den Bestrebungen, das germanische Volksbewußtsein auszurotten“ (S. 3). Da noch keiner der zahlreichen sachkundigen Mitarbeiter des Lieferungswerkes seinen Beitrag vollständig vorgelegt hat, muß ein Gesamturteil über sachliche Leistung und Einstellung zu grundsätzlichen Fragen verschoben werden. Kultur wird hier glücklicherweise in der ganzen Weite des Begriffes genommen, so daß keine menschliche Betätigung und kein Volk von der Darstellung ausgeschlossen ist. Das Werk ist gleich den übrigen Handbüchern des Verlages reich und sinnvoll bebildert; es ist auf 85 Lieferungen berechnet.

#### IV.

Ein auffallendes Beispiel raschen und auch für Deutschland nicht gleichgültigen Wirtschaftswandels ist die moderne Umstellung der chinesischen Industrie. Sie ist nicht etwa nur in den Hafenstädten sichtbar, sondern schon so weit ins Innere vorgedrungen, daß sie dem alt-



berühmten Jahrmarkt am „Grünen Ziegentempel“ in Tschengtu ein völlig verändertes Aussehen gegeben hat. Dieser Markt beherrscht die ganze Provinz Setschuan, die Deutschland an Ausdehnung und Volkszahl gleichkommt. Noch vor wenigen Jahren wurden, wie William G. Sewell im „Manchester Guardian Weekly“ (27. Juli 1934, S. 70) bezeugt, hauptsächlich amerikanische, europäische und japanische Waren feilgeboten. Jetzt stammt das meiste aus Setschuan oder aus chinesischen Nachbarprovinzen: Seife und Zahnpulver, Maschinen für Zuckerfabriken und Webereien, Kleinvieh und junge Obstbäume, Flaschen und Bilder, Stoffe aus Wolle, Baumwolle und Seide in allen Farben, lange Damenstrümpfe und gelbe Lederschuhe.

Während also von hier aus eine wachsende wirtschaftliche Einengung der alten Industrieländer droht, hat die Weltwirtschaftskrise wenigstens eine Industrie fast überall gesteigert: die Goldgewinnung, am meisten in Chile. Dr. Samhaber legt im „Ibero-amerikanischen Archiv“ (Juli 1934, S. 153 ff.) genau die ungewöhnlichen Schwierigkeiten dar, unter denen die zahlreichen Arbeitslosen Chiles auf diesem Wege durch Selbsthilfe ihre Not gelindert haben. Goldminen sind in Chile selten; meistens findet sich hier das Gold in andern Erzen und im Sande der Flüsse, aber nicht so reichlich, daß der Goldwäscher täglich im Durchschnitt mehr als ein halbes Gramm gewinnen könnte. Bei Einhaltung der auch für Gold gesetzlich festgelegten Preise wäre das viel weniger gewesen als der infolge der Krise um die Hälfte gesunkene Tageslohn eines Arbeiters. Weil aber die internationale Kaufkraft des Goldes gestiegen war, entwickelte sich rasch ein schwunghaftes Geschäft. „Gerade Santiago bot Mitte 1932 ein eigenartiges Bild, als über zahllosen Geschäften die Ankündigung ‚Kaufe Gold‘ prangte, wo der Handel in Gold juristisch verboten war.“ Die Regierung schwankte zwischen Einschreiten und Gewährenlassen; denn sie erkannte, „daß die Goldförderung die einzige Art der praktischen Arbeitslosenhilfe war, die den Staat nichts kostete, und deren Erzeugnisse ohne irgendwelche Schwierigkeiten an das Ausland abgegeben werden konnten“. Zu vielen Zehntausenden zogen die Menschen landauf, landab zur entbehrungsreichen Arbeit des Goldwaschens. Im Jahre 1928 hatte die gesamte Goldgewinnung Chiles monatlich 88 787 Gramm betragen, im Jahre 1933 betrug sie 377 235 Gramm. Von Januar 1933 bis Januar 1934 stieg der Monatertrag von 285 487 auf 695 548 Gramm. Aber in zwei bis drei Jahren wird das Goldvorkommen in den günstigeren Gebieten erschöpft sein, und nur tiefe Verelendung wird dann noch das Goldwaschen als lohnend erscheinen lassen.

Über die wirtschaftliche Gesamtlage der Welt sagte Reichsbankpräsident Schacht auf der „Internationalen Konferenz für Agrarwissenschaft“ in Bad Eilsen („Frankfurter Zeitung“, 31. August 1934, Reichsausgabe), an und für sich warte Kapital genug auf Nutzbarmachung, aber aus politischen Gründen fehle das für langfristige Anleihen unentbehrliche Vertrauen. Kennzeichnend sei „einerseits das völlige Darniederliegen des internationalen Kredits, die fortgesetzte Schrumpfung des Welthandels und das Riesenausmaß der privaten Goldhortung, ander-



seits das Nachlassen der Weltarbeitslosigkeit, der leicht abnehmende Druck der Weltvorräte und die steigende Weltgolderzeugung. Daß der Konjunkturauftrieb in den einzelnen Ländern nicht von Bestand ist, sondern von Rückschlägen unterbrochen wurde, beruht darauf, daß er in der Hauptsache durch künstliche Maßnahmen angekurbelt worden ist.“ Die Reparationen, „die heute leider nicht mehr den Regierungen, sondern gutgläubigen Privatleuten geschuldet werden“, könne Deutschland „nicht mehr aus eigener Kraft regulieren“. Der Grund für „die ganze heutige Weltunruhe“ sei „einfach der, daß die Weltkrise überall den Lebensstandard bedroht. Der Lebensstandard läßt sich aber auf die Dauer nicht unter Druck halten, ohne daß die davon betroffenen Volksschichten revoltieren.“

In dieser unausbleiblichen Bedrängnis wird also der am stärksten, ja eigentlich nur der stark sein, den äußerer Mangel am wenigsten zu brechen vermag. Und so kann auch die Wirtschaftsnot etwas Ähnliches vorbereiten oder weiterführen wie die Wendung zum Geistigen in den Naturwissenschaften, über die der Frankfurter Bakteriologe Kolle in seiner Eröffnungsrede auf der internationalen „Frankfurter Wissenschaftlichen Woche“ die denkwürdigen Sätze sprach („Frankfurter Zeitung“, 4. September 1934, Reichsausgabe): „Als die Vertreter der exakten Naturwissenschaften erkannten, daß die Worte von Hallers, ‚Ins Innere der Natur dringt kein Geist‘, auch heute noch gelten, haben sie die materialistisch-mechanische Auffassung der Naturvorgänge, vor allem der biologischen, aufgegeben. Es ist der Begriff des Göttlichen auch wieder aus dem Mund von Naturwissenschaftlern zu vernehmen. Gerade die, die die Naturgesetze erforschen, haben erkannt, daß diese Gesetze sinnvoll für den Kosmos wie für das Leben sind. Wo Gesetze sind, die als sinnvoll für den Bestand der Welt erkannt werden, muß auch ein Gesetzgeber sein, und damit ist der Begriff Gottes und des Göttlichen als letzter Endbegriff im exakt naturwissenschaftlichen Denken wieder herrschend geworden.“

## Umschau

### Das Geheimnis der Externsteine

Etwa 10 km von Detmold entfernt erheben sich im Lippeschen Wald gleich Riesenzähnen aus dem Boden die Externsteine, gewaltig, vielfach zerklüftet, zerrissene Sandsteinfelsen. Schon als Naturdenkmal eine Merkwürdigkeit, sind sie das wegen der bei ihnen sich findenden ehemaligen Heiligtümer, die in jüngster Zeit Gegenstand gesteigerter Erörterung geworden sind, in noch höherem Maße als Denkmale religiöser Kultur.

Die Heiligtümer bestehen aus einer in einem oben leicht sich wölbenden Felsblock eingehauenen Grabanlage. Im Boden einer Bogennische ist ein Sarg mit einer der Form des Leichnams angepaß-

ten Vertiefung angebracht. In einem der Felsen befindet sich eine 10 m lange, 2,65 m breite, mit Nebenräumen versehene Grotte, an deren Außenwand aus dem Felsen eine großartige überlebensgroße Darstellung der Kreuzabnahme ausgehauen ist. Endlich finden sich noch Überreste eines auf dem Gipfel eines zweiten Felsens aus dem Felsen selber herausgearbeiteten, 4,56 m langen, 3,10 m breiten, mit Altarnische ausgestatteten kapellenartigen Raumes. Gegen die Auffassung, daß man in den Externsteinen ein altgermanisches heidnisches Heiligtum zu sehen habe, hat sich schon vor etwa 60 Jahren Giefers mit dem Nachweis gewandt, daß eine solche Deutung in keiner Weise und durch nichts begründet werde, daß die Steine erst, nach-